

## Ex-Landrat soll Schadensersatz zahlen



Die Ereignisse vor der Übernahme des Flugplatzes Egelsbach durch Netjets beschäftigen inzwischen die Gerichte.  
Foto: ROLF OESER

Von Christoph Manus

**Wegen 78000 Euro, die Ex-Landrat Peter Walter der Gemeinde Egelsbach ohne Gremienbeschluss für Rechtsberatung zur Verfügung stellte, zieht der Kreis vor Gericht. Er will von Walter oder einem anderen damals Beteiligten Schadensersatz.**

Dass der frühere Landrat Peter Walter (CDU) der Gemeinde Egelsbach im Jahr 2009 78000 Euro für Rechtsberatung zur Verfügung gestellt hat, ohne die Gremien zu beteiligen, wird nun wohl ein Zivilgericht beschäftigen. Der Kreisausschuss will auf dem Klageweg Schadensersatz fordern.

Gegen wen sich die Klage richten wird, ist noch offen. Der Kreisausschuss schlägt dem Kreistag vor, dass auch eine Klage gegen Dritte eingeleitet werden kann. Der Kreistag hatte im September vergangenen Jahres auf Antrag der Grünen mit großer Mehrheit beschlossen, eine Schadensersatzklage gegen Walter zu prüfen.

Landrat Oliver Quilling (CDU) sagte gestern, ein Rechtsgutachten zu den Chancen einer Zivilklage habe ergeben, dass es eventuell erfolgversprechender sei, Ansprüche gegen andere damals Beteiligte zu richten. Beteiligt war außer Walter und dem damaligen Bürgermeister von Egelsbach, Rudi Moritz (parteilos), eine Frankfurter Anwaltskanzlei. Diese erhielt von Walter Geld für Rechtsberatung, die die Gemeinde in Zusammenhang mit einem damaligen Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Anteile an der Hessischen Flugplatz-Gesellschaft an Netjets benötigte.

Der Kreisausschuss hat laut Quilling bereits einen Rechtsanwalt beauftragt, Kontakt mit den Rechtsanwälten der möglichen Prozessgegner aufzunehmen, damit die Frist gewahrt wird. Man werde alles unternehmen, um eine Verjährung zu verhindern, sagte der Landrat.

Gegen wen sich die Klage letztlich richtet – gegen Walter oder andere Beteiligte – sei eine prozesstaktische Frage. In dem zivilrechtlichen Verfahren gehe es allein darum, die 78000 Euro zurückzuholen, stellte Quilling klar. „Wir müssen versuchen, den Schaden wiedergutzumachen. Wer ihn begleicht, kann uns egal sein.“

Die Zahlung an die Gemeinde Egelsbach wird auch eine Strafkammer des Darmstädter Landgerichts beschäftigen. Diese muss der Frage nachgehen, ob Walter sich der Untreue schuldig gemacht hat. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hatte im Juni vergangenen Jahres Anklage gegen den früheren Landrat erhoben, nachdem die Grünen im Kreis Offenbach ein Jahr zuvor Anzeige gegen Walter erstattet hatten.

### Walter wird vor Gericht stehen

Das Landgericht Darmstadt lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Walter zunächst ab, weil es weder den Tatbestand des Missbrauchs noch des Treuebruchs als erwiesen ansah. Die Staatsanwaltschaft legte dagegen Beschwerde ein. Das Oberlandesgericht beschloss im Oktober, die Anklage zuzulassen und eröffnete das Hauptverfahren vor dem Landgericht. Es kam zu dem Schluss, dass wegen der Höhe des Schadens sogar eine Verurteilung wegen eines besonders schweren Falls der Untreue in Frage komme.

**Dem Kreis Offenbach** geschadet, hat der frühere Landrat Peter Walter (CDU) nach Ansicht der Oppositionsfractionen nicht nur bei der Zusage von Geld für die Gemeinde Egelsbach.

**Als verantwortlich** gilt

der frühere Vorsitzende der CDU im Kreis Offenbach unter anderem für die Verluste, die dem Kreis durch die Beteiligung an Immobilien in Fleesensee (Mecklenburg-Vorpommern) und Glienicke bei Berlin entstanden. Ein Schaden von 14,5 Millionen Euro ist bilanziert.

**Für umgerechnet 21 Millionen Euro** hatte die Kreisversorgungsbeteiligung im Jahr 2000 Anteile gezeichnet. Das tat der damalige Geschäftsführer der Kreistochter, Dieter Jahn, ohne Beschluss der Gesellschafterversammlung im Fall Glienicke sogar gegen einen Beschluss. Peter Walter verteidigte die Anlagen bis zuletzt.

**Gegen keinen der damals Beteiligten** strengte der Kreis eine Schadensersatzklage an. Wegen abgelaufener Fristen seien die Erfolgsaussichten gering, argumentierte der Kreisausschuss.

**In der Kritik** steht Walter zudem bis heute, weil er dem Unternehmer Hans Strothoff angeblich zwei Jahre Mietfreiheit für die internationale Schule versprach. Wer welchen Anteil der Kosten für die 3,3 Millionen Euro teure Sonderausstattung der Privatschule trägt, hat der von Kreis und Strothoff beauftragte Schiedsrichter noch nicht entschieden.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/kreis-offenbach/egelsbach-ex-landrat-soll-schadensersatz-zahlen,1473032,20924908.html>

Copyright © 2010 Frankfurter Rundschau